

Literaturfinanzierung durch zentrale Mittel

Adalbert Kirchgäßner

Die wissenschaftlichen Bibliotheken haben die Aufgabe, die Institutionen, denen sie zugeordnet sind, mit Literatur zu versorgen. Verschiedene Entwicklungen, darunter auch die Professionalisierung *dieser* Aufgabe, führte in den Universitäten dazu, dass die zentralen Universitätsbibliotheken ein von der Wissenschaft relativ unabhängiges Eigenleben entwickelten. Sie nutzten die ihnen zur Literaturversorgung zugewiesenen Gelder, um eine langfristige und zuverlässige, von den kurzfristig wechselnden Interessen wechselnder Wissenschaftler relativ unabhängige Literatur- und Informationsversorgung aufzubauen. In dem Maße, wie diese Aufgabe verselbständigt wurde, veränderte sich auch das Verhältnis der Wissenschaftler zu "ihrer" Bibliothek: Die Bibliothek wurde zunehmend zu einer Institution, an die die Wissenschaftler Ansprüche stellen, während sie sich wenig dafür interessieren, wie diese Ansprüche erfüllt werden können und ob die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. In der Folge wird die Universitätsbibliothek oftmals als eine empfunden, die einerseits universitäre Mittel in großem Umfang bindet, die man mindestens zu Teilen "besser für die direkte wissenschaftliche Arbeit" einsetzen könnte. Andererseits wird die Literaturversorgung durch die Bibliothek als unzureichend empfunden, da nicht alle Literatur- und Informationswünsche erfüllt werden können. Die Einschätzung der unzureichenden Erfüllung der Aufgaben beruht vor allem auf der Unkenntnis der heutigen Marktbedingungen für wissenschaftliche Literatur, da die Nutzer kaum Kenntnis von den Zwängen und Möglichkeiten zur Literaturbeschaffung mit einem gegebenen Etat und den Entwicklungen der Preise für wissenschaftliche Literatur im Verhältnis zu der Entwicklung der Literaturetats haben.

Die Universitätsbibliotheken, die sich in dieser Zwangslage befinden, haben deshalb immer wieder und vielfach erfolgreich versucht, zusätzliche Mittel von den Ministerien als den etatzuweisenden Stellen zu bekommen, um die ständig aufbrechende Lücke zwischen Preiserhöhungen und Etatentwicklung zu schließen. In diesem Bemühen wurden sie auch vielfach von den Universitätsleitungen unterstützt, weil diese bei Zuweisung zentraler Mittel für die Universitätsbibliotheken den eigenen Etat schonen konnten. Diese Entwicklung hat für die Bibliotheken wie für die Wissenschaft problematische Folgen:

Die Zuweisung von Sondermitteln

- hat für die Politiker Vorteile,
- beschleunigt den Preisanstieg für wissenschaftliche Literatur,
- beeinträchtigt die Qualität der Literaturbeschaffung,

- verhindert den optimalen Einsatz der Mittel für Wissenschaft,
- hilft, die Rolle der Wissenschaftler im Publikationsprozess und der daraus folgenden Auswirkungen für die Literaturpreise zu verschleiern und
- führt zur Verfälschung wissenschaftlicher Bewertungskriterien.

Nachfolgend sollen diese Aspekte vertieft werden.

Der politische Vorteil von Sondermitteln

Es ist inzwischen ein gut eingespieltes Ritual, dass die Universitätsbibliotheken in der Zwangslage zwischen nicht ausreichender Mittelausstattung und wachsenden Ansprüchen ihrer Kunden alljährlich darlegen, dass mit den zugewiesenen Mitteln die Literaturversorgung eingeschränkt werden muss. Sie kündigen an, dass ohne zusätzliche Mittelbereitstellung Zeitschriften abbestellt werden müssen und/oder kaum noch Monographien eingekauft werden können. Dies mobilisiert Vertreter der Wissenschaft, die an die "Politik" die Forderung stellen, die "Wissenschaft" ausreichend mit Mittel auszustatten. Da eine Erhöhung der vom Ministerium und der Universität im normalen Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel in der Höhe der Preissteigerungen politisch nicht durchsetzbar ist, die "Wissenschaft" andererseits aber in der öffentlichen Meinung sich so zu Gehör bringen kann, dass die "Politik" dies nicht übergehen kann, werden regelmäßig in Zusammenarbeit von Ministerium und den verantwortlichen Politikern Sonderprogramme aufgelegt, um den Bibliotheken zusätzliche Mittel zuzuweisen mit diesen Folgen:

- Die Löcher in den Literaturetats können notdürftig gestopft werden und die angekündigten Einschränkungen der Literaturversorgung fallen geringer aus.
- Politiker können damit das Eingeständnis, dass die Mittelausstattung für *die* zugewiesene Aufgabe nicht ausreicht, vermeiden.
- Die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft, welche Mittel für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind, wird vermieden.
- Die Entwicklung von Sonderprogrammen mit politisch gut verkäuflicher Zweckbestimmung kann - vor allem in Wahljahren - politisch sehr förderlich sein.

Andererseits haben die Sondermittel nie ausgereicht, die Defizite tatsächlich auszugleichen. In den meisten Jahren waren die Sondermittel geringer als die im regulären Etat vorgenommenen Kürzungen des Literaturetats, so dass den Bibliotheken trotz Sondermittel nicht nur real sondern auch nominal weniger zur Verfügung als im Jahr zuvor. Der Kaufkraftverlust konnte auf diese Weise nie aufgefangen werden. (Beispielsweise betrug die Kaufkraft des Literaturetats der Universität Konstanz im Jahre 2001 noch etwa 55% der Kauf-

kraft des Etats von 1991). Es entsteht der Eindruck: Den Bibliotheken werden reguläre Etatmittel vorenthalten, um diese - allerdings nur zum Teil - in der Form von Sondermitteln politisch wirksam wieder zuzuweisen. Insgesamt ein Geschäft zu Lasten der Bibliotheken und ihrer Nutzer.

Beschleunigter Preisanstieg durch Zuweisung von Sondermitteln

Die regelmäßige, teilweise Schließung der Finanzierungslücken durch zusätzliche Mittelzuweisung hat mitverursacht, dass die Preissteigerung für wissenschaftliche Literatur - vor allem der Zeitschriften - in den letzten Jahrzehnten deutlich über der allgemeinen Preissteigerung lag. Die regelmäßige Ankündigung, dass in großem Umfang Zeitschriften abbestellt werden müssten, ohne dass diesen Ankündigungen Taten folgen, da die Ankündigungen wunschgemäß dazu führen, dass die Finanzierungslücken wenigstens zum Teil geschlossen werden, scheint zur Folge zu haben, dass die Verlage als Anbieter keine Notwendigkeit sehen, bei der Preisgestaltung auf die Nachfrage Rücksicht zu nehmen. Meist kompensieren die Abbestellungen nur einen Teil der durch die Preiserhöhungen erzielten Mehreinnahmen bei den Verlagen. Der Umsatz steigt also trotz Abbestellungen, möglicherweise steigt der Umsatz sogar stärker als die allgemeine Preissteigerung.

Die Folge für einen gut organisierten Verlag ist eine Gewinnsteigerung. Das über Jahre so verfestigte Verhaltensmuster im wissenschaftlichen Publikationswesen wirkt möglicherweise als öffentliche Aufforderung an die Produzenten, ihre Gewinne zu Lasten der Wissenschaftsfinanzierung stetig zu erhöhen. Wenn Bibliotheken dann noch ankündigen, die gesamte Produktion eines in der Gewinnmaximierung besonders erfolgreichen Verlages abzubestellen, tatsächlich aber mit zusätzlichen Mitteln alle gerade abbestellten Zeitschriftentitel wieder eingekauft werden, besteht für den betroffenen Verlag keine Veranlassung, seine Preisgestaltung zu überdenken. Die tatsächlichen Mittelkürzungen führen dann zur Reduzierung der Monographienbeschaffung.

Inzwischen sind allerdings die laufend steigenden Ausgaben für die Literaturfinanzierung und vor allem die stetig überproportional steigenden Preise für wissenschaftliche Literatur besonders in den Naturwissenschaften auch für die Öffentlichkeit erkennbar und zu einem öffentlichen Ärgernis geworden. Ebenso ist die Diskrepanz zwischen den Anforderungen an die Bibliotheken und die mit den verfügbaren Mitteln realisierbare Literaturversorgung inzwischen so groß geworden, dass diese Lücke mit regelmäßig erfolgenden Sonderzuweisungen zentraler Mittel nicht mehr geschlossen werden kann. Inzwischen ist der Neuzugang an Büchern und die Anzahl der Zeitschriftentitel der einzelnen Universitäten so geschrumpft, dass man davon ausgehen kann, dass in jeder Bibliothek viele wichtige Titel fehlen, während die Umsätze und Gewinne einiger

weniger wissenschaftlichen Großverlage enorm angestiegen sind. Weitere Abbestellungen in einem Umfang, die die gesicherte Gewinnposition der Großverlage in Frage stellen könnte, erscheinen möglich.

Die Bibliotheken, von der Entwicklung zunehmend in Bedrängnis gebracht, haben sich zu Einkaufsgemeinschaften zusammen geschlossen, um der Marktmacht der Großverlage eine Nachfragemacht entgegenzusetzen. Darauf reagierten die Verlage kreativ und bieten „Konsortialverträge“ mit folgendem Inhalt an:

Wenn die beteiligten Bibliotheken in den nächsten x Jahren nicht abbestellen, jedes Jahr y Prozent mehr bezahlen, dann können die beteiligten Bibliotheken alle die Zeitschriften, die nur eine Bibliothek in diesem "Konsortium" als Papiaerausgabe hält, elektronisch benutzen.

Damit bekommen die Benutzer der Bibliotheken Zugriff auf Zeitschriftentitel, die ihre Bibliothek schon längst abbestellt hat. Je mehr die einzelnen Bibliotheken in den Jahren zuvor abbestellt haben, umso größer ist der verfügbare Titelzuwachs in den einzelnen Bibliotheken, wenn es eine Bibliothek im Konsortium gibt, die immer noch eine sehr große Anzahl der Titel dieses Verlages hält. Dies ist vordergründig positiv, hat aber auch negative Folgen.

Die dabei angebotene, über mehrere Jahre festgeschriebene Preissteigerung ist zwar deutlich geringer als die Erhöhung der Listenpreise dieses Verlages, aber immer noch deutlich höher als die Steigerung der Literaturetats.

In der Folge sichert sich dieser Verlag seinen Umsatz auf Kosten der - meist kleineren - Konkurrenten. Die Auswahl der Literatur erfolgt nicht mehr orientiert am tatsächlichen Bedarf der Wissenschaftler vor Ort, sondern wird durch die zufälligerweise in den Bibliotheken des Konsortiums zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vorhandenen Zeitschriften für alle Teilnehmer festgelegt. Die steigenden Kosten für diese Titel müssen in den Folgejahren dadurch finanziert werden, dass vor Ort dringend benötigte Titel anderer Verlage oder die erforderliche Monographienliteratur nicht mehr eingekauft werden kann. Es werden also wichtigere Titel abbestellt, um „rinderwichtige“ Titel zu finanzieren. Dies geht zu Lasten der kleineren Verlage, die nicht die Marktmacht haben, „Konsortialverträge“ durchzusetzen.

Qualität der Literaturbeschaffung

Sondermittel aus zentralen Etats und Programmen der Länder werden mit Zweckbindung zugewiesen. „Politiker“ wollen mit diesen Aktionen vermutlich auch etwas für ihre politische Zukunft tun. Also wird die Zuweisung von Sondermitteln mit einer politisch gerade gut vertretbaren, der öffentlich geäußerten Notlage und dem Zeitgeist entsprechenden Zweckbindung verknüpft. Damit wird verschleiert, dass diese Mittel nur dazu dienen, die Diskrepanz zwischen

den zugewiesenen Aufgaben und den dafür bereitgestellten Mittel zu überbrücken. Die Zweckbindung ist für alle Bibliotheken gleich, auch wenn der konkrete Bedarf vor Ort sehr unterschiedlich sein kann. Die Folge ist, dass die Bibliothek sich in ihrem Einkaufsverhalten nicht mehr vorrangig am Bedarf vor Ort sondern daran orientiert, welche Literatur durch die Zweckbindung begünstigt wird. Beispielsweise führt die Zweckbindung "Ausgleich der Preissteigerung bei Zeitschriften" dazu, dass für das zusätzliche Geld auch dann Zeitschriften gekauft werden müssen, wenn die Bibliothek wegen der stark gestiegenen Zeitschriftenpreise und dem Zwang, einmal bestellte Zeitschriften auch bezahlen zu müssen, eher einen Nachholbedarf bei den Monographien hat, weil in den vorangegangenen Jahren kaum noch Monographien gekauft werden konnten. Oder wenn die Mittel für die Beschaffung von Datenbanken bereitgestellt werden, werden auch solche Datenbanken gekauft, die bei freier Verwendungsmöglichkeit nicht gekauft würden, weil die Wissenschaft vor Ort eher Primärliteratur als noch eine weitere Datenbank braucht. Die Zuweisung von zweckgebundenen Sondermitteln enthebt auch die Wissenschaftler der Notwendigkeit, bei begrenzten Mitteln zu entscheiden, was für ihre Forschung wichtiger ist. Wenn beispielsweise Datenbanken oder Zeitschriftenpakete von Konsortien gefördert werden, nicht jedoch Monographien oder die Beschaffung selektiv am Bedarf orientiert ausgewählter Zeitschriftentitel, dann werden die geförderten Produkte beschafft, auch wenn bei einer Titel-zu-Titel-Abwägung ein Teil der im Paket beschafften Titel nicht ausgewählt würde.

Für diese nicht am Bedarf orientierte Einkaufspolitik werden die Universitätsbibliotheken dann mit Sondermitteln belohnt werden. Da solche Verträge sich nur mit Verlagen lohnen, die eine große Anzahl von Titeln anbieten können, ist das eine Wettbewerbsverzerrung, indem die Großverlage zu Lasten der kleineren Verlage politisch gestärkt werden. Diese Verlage haben es dann nicht mehr nötig, die einzelnen Wissenschaftler und Bibliotheken davon zu überzeugen, dass jeder einzelne Titel wertvoll und für die Arbeit vor Ort notwendig ist. Die von den Ministerien mit Zweckbestimmung bereitgestellten Mittel werden direkt zu den Verlagen abgeführt, ohne dass Wissenschaftler oder Bibliothekare störend eingreifen können, indem sie nach dem Nutzen des einzelnen Titels im Verhältnis zu anderen Publikationen fragen.

Eine weitere Gefährdung des Literaturbestandes vor Ort kommt hinzu: Die Zeitschriften, die die einzelne Bibliothek ihren Nutzern in elektronischer Form nur anbieten kann, weil eine andere Bibliothek das Papierexemplar - noch - bezieht, stehen je nach Lizenzvertrag nur während der Lizenzlaufzeit zur Verfügung. Wenn der Konsortialvertrag ausläuft, haben die Bibliothek und ihre Benutzer keinen Zugriff auf die bisher bezahlten Jahrgänge mehr. Die Beschaffung von Lizenzen statt Beständen führt in den Bereichen der Wissenschaften, die auch ältere Zeitschriftenliteratur benötigen, dazu, dass die glei-

chen Informationen regelmäßig neu zu bezahlen sind und dieses Geld dann für die Beschaffung anderer Informationen nicht mehr zur Verfügung steht.

Konkurrenz um die Mittel für Wissenschaft

Die Institutionalisierung und Verselbständigung der Literaturversorgung in den Universitätsbibliotheken führte dazu, dass die Wissenschaftler in den Entscheidungsprozess zur Titelbeschaffung nur noch bedingt einbezogen sind. Die Universitätsbibliothek bekommt eine Summe Geld und soll dafür die erforderliche Literatur beschaffen. Folglich richten die Wissenschaftler ihre Wünsche an die Bibliothek, unabhängig davon, ob dieser die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Andererseits wird bei der Mittelverwendung nur in Grenzen die Meinung der Wissenschaftler eingefordert, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Ein typisches Beispiel ist die Beschaffung des *Web of Science*. Die Wissenschaftler sind sich darin einig, dass diese große Datenbank ihren Nutzen hat. Deshalb fordern sie von den Universitätsbibliotheken, diese zu beschaffen. Die Beschaffung kostet Literaturmittel der Bibliothek und keine Mittel, die die Wissenschaftler direkt für sich einsetzen können. Wenn man ihnen aber die konkrete Frage stellt, ob sie bereit sind, die dafür erforderlichen enormen Kosten aus ihrem Etat zu bezahlen oder mitzufinanzieren oder zu benennen, welche von ihnen bisher genutzten Zeitschriften dafür abbestellt werden können, um die Datenbank zu finanzieren, stellen sie sehr oft fest, dass der Verlust an Primärliteratur oder der Verlust an Forschungsmitteln in keinem Verhältnis zum Nutzen der Datenbank steht. (Beispielsweise kostet das *Web of Science* inzwischen mehr als alle in der Universität Konstanz gehaltenen mathematischen Zeitschriften zusammen.) Werden nun die Defizite im Literaturetat durch Sonderzuweisungen behoben, besteht keine Notwendigkeit für die Bibliothek, mit den Wissenschaftlern die notwendige und sinnvolle Auseinandersetzung über die Mittelverwendung zu führen, die bei diesen Großobjekten der Informationsversorgung dringend erforderlich wäre. Auch besteht für die Wissenschaftler keine Notwendigkeit, den Nutzen einer solchen Datenbank mit dem Nutzen der alternativen Verwendung der Mittel für ihre Forschungsvorhaben (z.B. Laborausstattungen) zu vergleichen. Dies kann dazu führen, dass die Wissenschaftler mit ihrer Forderung, bestimmte Zeitschriften und Datenbanken zu kaufen, die sie bei eigener Güterabwägung nicht kaufen würden, die Bibliothek dazu veranlassen, nur die zweitbeste Literaturauswahl und nicht die beste vorzunehmen.

Die Wissenschaftler in Produktion wissenschaftlicher Literatur.

Die Wissenschaftler sind die Produzenten und Konsumenten wissenschaftlicher Erkenntnisse. Aus den Texten werden durch die Veröffentlichung in Ver-

lagen Verlagsprodukte, die die Bibliothek für den Bedarf der Wissenschaft einkauft. Wenn Wissenschaftler in den Zeitschriften veröffentlichen und die Zeitschriften herausgeben, die von Verlagen verlegt werden, die überdurchschnittlich hohe Gewinne einfahren, und dann diese Wissenschaftler dafür sorgen, dass genau diese Zeitschriften von der Bibliothek beschafft werden müssen, führt das dazu, dass die Bibliothek auf überhöhte Preissteigerungen nicht "normal" reagieren kann, also Zeitschriften dann abbestellt, wenn die Kosten-Nutzen-Relation dieser Zeitschrift deutlich schlechter ist als bei anderen Zeitschriften. Einige Wissenschaftler, denen diese Zusammenhänge bewusst geworden sind, haben in den letzten Jahren Verlage erfolgreich veranlasst, bei einzelnen Titeln deutliche Preisabschläge vorzunehmen. Oder sie haben eine neue Zeitschrift mit gleichem Inhalt aber deutlich geringerem Preis gegründet. Dies setzt voraus, dass ihnen die Informationsversorgung zu vertretbaren Kosten wichtiger ist als die Veröffentlichung in einer bisher hoch angesehenen aber sehr teuren Zeitschrift. Solange Etatdefizite durch Sondermittel gedeckt werden, besteht für die Wissenschaftler wenig Anlass, sich mit diesem Problem zu beschäftigen und ihren Beitrag zur Kostensteigerung für wissenschaftliche Literatur zu überdenken.

Verfälschung wissenschaftlicher Bewertungskriterien

Es gibt viele Wissenschaftler, die glauben, dass die Häufigkeit, mit der ein Beitrag zitiert wird, über die Qualität des Beitrages Auskunft geben könnte. Wenn nun Verlage große Titelmengen als Paket an Bibliothekskonsortien verkaufen, besteht die Möglichkeit, dass auch Zeitschriften, die bei Auswahl einzelner Titel kaum oder nicht wahrgenommen würden, über das Angebot der Bibliothek von Wissenschaftlern wahrgenommen werden und dementsprechend gelegentlich oder häufiger zitiert werden. Zeitschriften von - vor allem kleineren - Verlagen, die nicht die Möglichkeit haben, Bibliotheken zu Paketabschlüssen zu bewegen, haben nicht die gleiche Chance, im Angebot der Bibliothek zu erscheinen. Bei gleicher Qualität werden Zeitschriftentitel, die nicht in Paketabschlüssen festgeschrieben sind, abbestellt, während Zeitschriftentitel, die in Paketabschlüssen enthalten sind, auch dann nicht abbestellt werden können, wenn sie eine deutlich geringere Qualität haben als die nicht in Paketen eingebundenen Titel. Dann werden sie auch weniger zitiert, selbst wenn ihre Beiträge qualitativ besser sind als die Beiträge in den Zeitschriften der Großverlage. Damit steigen die qualitativ minderen Zeitschriften in der quantitativen Bewertung der entsprechenden Indizes. Dies führt dazu, dass diejenigen, die an diese Indizes glauben, nun ihrerseits verstärkt die Beschaffung dieser Titel fordern. Folgt die Bibliothek dieser Forderung, werden bei begrenzten Mitteln nochmals Zeitschriften verdrängt, die inhaltlich besser sind und der Forschung vor Ort möglicherweise nützlicher wären.

Es hat den Anschein, dass der größte Zeitschriftenanbieter mit diesem Vorgehen sein Verkaufsargument zu realisieren versucht, das in den Konsortialverhandlungen immer wieder zu hören ist:

Um Wissenschaft zu betreiben genüge es, seine Zeitschriften zu beziehen, ohne seine Zeitschriften könne man Wissenschaft nicht betreiben und alle anderen Angebote seien überflüssig. Dies wurde sinngemäß auf der ODOK '99 in Bregenz gesagt und klingt in Verhandlungen immer wieder an.

Ergebnis

Das System hat eine kontraproduktive Eigendynamik entwickelt. Die Paradoxie besteht darin, dass sich alle Marktteilnehmer in ihrem Bereich und unter den für sie erkennbaren Bedingungen rational verhalten und trotzdem das Gesamtergebnis aller dieser Verhaltensweisen dazu führt, dass die Versorgung der Wissenschaft mit Literatur und Information unzureichend ist. Um diesem Dilemma zu entkommen, ist es erforderlich, dass

- Bibliotheken Etatzuweisungen bekommen, die mittelfristig verlässlich sind, damit die Literaturbeschaffung geplant werden kann und zufallsbedingte oder politisch motivierte Kürzungen nicht die kontinuierliche Literaturversorgung behindern,
- die Bibliotheken die Auswahl und Beschaffungspolitik mit ihren Nutzern diskutieren und diese in die Entscheidungen einbeziehen,
- die Bibliotheken mit ihren Nutzern die Rolle der Wissenschaftler im Produktionsprozess wissenschaftlicher Literatur diskutieren und diesen Informationen liefern, damit sie sich in eigenem Interesse so verhalten können, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für ihre Zwecke optimal eingesetzt werden können.

